

Landesarbeitsgemeinschaft Väterarbeit Hessen

Hessische Landtagswahl 2018: Antworten der im hessischen Landtag vertretenen Parteien zu den Fragen bezüglich einer väterbewussten Familienpolitik.

Partei Frage	CDU	Die Grünen	SPD	FDP	Die Linke
<p>1. Woran merken Väter, dass sie mit Ihrer Partei eine gute Wahl getroffen haben?</p>	<p>Familie ist für uns überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung übernehmen. Väter treffen mit der CDU eine gute Wahl, weil wir Familien nicht vorschreiben, wie sie ihr Leben gestalten sollen. Wir lassen sie dabei in Ruhe, aber nicht im Stich. In unserer Familienpolitik setzen wir auf Respekt anstatt Bevormundung. Wir betrachten die Familie als Wert an sich und geben ihr eine Bedeutung, die über arbeitsmarktpolitische oder sozialversicherungsrechtliche Überlegungen hinausgeht. Daher unterstützen wir Väter in ihrem Wunsch, die Vaterschaft aktiv mitzugestalten und ein ausgewogenes Verhältnis von Erwerbs- und Familienarbeit anzustreben. Familie bedeutet Lebensglück für den Einzelnen, für Eltern wie für Kinder und ist darüber hinaus eine unerschöpfliche Quelle von Mitmenschlichkeit und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Wir werden Kinder und Familien deshalb weiter in das Zentrum unserer Politik rücken.</p>	<p>Weil wir GRÜNE dafür sorgen, dass Mütter und Väter gleichermaßen ganz entspannt und stolz auf ihren Nachwuchs sein können! Dazu auch unser Wahlplakat:</p>  <p>GRÜNE-HESSEN.DE ZWEITIMME GRÜN FÜR BESSERE BILDUNG NICHT NUR STOLZE VÄTER. AUCH ENTSPANNTE MÜTTER! Für uns stehen Kinder im Mittelpunkt. Das bedeutet gute Bildung und Betreuung von Anfang an – denn dann können Kinder, Mütter und Väter ihre Potenziale besser nutzen. VERNUNFT GESTALTET GEILER.</p>	<p>Die SPD ist die Partei für Familien in Hessen und damit auch die für Väter. Wir wollen vollständige Gebührenfreiheit in Kitas für alle Betreuungszeiten ab dem vollendeten 1. Lebensjahr an und die Qualität der Kinderbetreuung deutlich verbessern. Unser Gesetzentwurf hierzu hat in der Anhörung große Zustimmung erfahren, von den Trägern, den Elternvertretungen, den Beschäftigten und der Wissenschaft. Gebührenfreiheit muss für alle Bildungseinrichtungen gelten - von der Kita bis zur Meisterprüfung bzw. dem Master. Wir wollen mehr echte Ganztagschulen in Hessen schaffen, jedes Jahr 50 neue, Der so genannte „Pakt für den Nachmittag“ ist konzeptionslos und führt ein Schulgeld durch die Hintertür ein. Wir wollen den Ausbau von Kitas zu Familienzentren vorantreiben. Wir werden für günstigen Mietwohnraum in Hessen sorgen. Besonders Familien mit mehreren Kindern und Alleinerziehende sind darauf angewiesen und bekommen derzeit - gerade im Ballungsraum Rhein-Main - keinen bezahlbaren Wohnraum. Unser Ziel ist der Bau von zusätzlichen 6.000 Wohnungen pro Jahr. Wir wollen auslaufende Sozialbindungen erhalten oder durch den Bau neuer Sozialwohnungen mindestens kompensieren.</p>	<p>Wir Freie Demokraten vertreten eine moderne und aufgeschlossene Familienpolitik. Unsere Definition von Familie zeigt diese Haltung sehr deutlich: „Familie“ ist für Liberale dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Jeder sollte deshalb selbst entscheiden können, wie er sein Leben gestaltet und wie er für sich Familie definiert. Familien sind für uns eine tragende Säule der hessischen Gesellschaft, daher ist es uns wichtig, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Familien in ihren Alltags Herausforderungen unterstützen. Väter nehmen diesbezüglich eine unverzichtbare Rolle ein, unabhängig davon, ob diese mit ihren Kindern zusammen leben oder nicht.</p>	<p>Das merken Väter daran, dass sich die LINKE für eine Geschlechtergerechtigkeit einsetzt. Außerdem teilen wir die gleiche Auffassung wie die Landesarbeitsgemeinschaft Väterarbeit in Hessen, dass alte Rollenmuster und tief verankerte Verhaltensmuster aufgebrochen werden müssen.</p>

Partei Frage	CDU	Die Grünen	SPD	FDP	Die Linke
<p>2. In die Hessische Verfassung soll der Gleichheitsgrundsatz aufgenommen werden. Welche väterpolitischen Konsequenzen wollen Sie aus der Gleichberechtigung in der Verfassung ziehen?</p>	<p>Vor dem Gesetz sind alle gleich – so steht es bereits in Artikel 1 der Hessischen Verfassung. Mit dem Zusatz der Gleichberechtigung von Frau und Mann würde der Artikel am 28. Oktober dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland angeglichen werden. Unmittelbare Konsequenzen ergeben sich daraus nicht, da die Förderung der „tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen“ durch das Land Hessen obligatorisch ist.</p> <p>Wir als CDU Hessen wünschen uns jedoch im Bereich der Gleichstellungspolitik eine Strategie, die nicht „für alle das Gleiche, sondern für jede und jeden das Richtige“ in den Mittelpunkt stellt. Hierzu benötigen wir ein Umdenken in der Gleichstellungsstrategie, die Ressourcen für Männer und Frauen nicht alternativ, sondern additiv betrachtet. In diesem Sinne wollen wir die Väterrolle stärken und Eltern ermöglichen, die Verantwortung zwischen beiden Elternteilen frei und flexibel zu verteilen.</p>	<p>Für uns sind Mütter und Väter gleichberechtigt. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Gleichberechtigung auch tatsächlich gelebt wird. Dabei fängt Die Veränderung oft zu allererst im Kopf an: Frauen und Männer sind zwar vor dem Gesetz gleich, aber wir alle haben Rollenbilder im Kopf. Es gibt z.B. immer noch Berufe, die als typische Frauen- oder Männerberufe gelten. Oft ist auch der Zugang für Frauen in Führungspositionen noch immer erschwert. Das muss sich deutlich ändern!</p> <p>Wir wollen diese Rollenbilder auflösen und verstehen darunter, dass z.B. die Erziehungs-, Pflege- und Sorgearbeit gleichberechtigt zwischen den Familienmitgliedern verteilt wird. Die Familienarbeit muss zudem gesetzlich stärker anerkannt werden. Daher kämpfen wir GRÜNE auf Bundesebene dafür, dass es ein Recht auf Rückkehr in Vollzeit und einen Rechtsanspruch auf vollzeitnahe Teilzeit (80 Prozent) gibt. Unser Ziel ist, dass die paritätische Elternzeit der Normalzustand wird.</p>	<p>Die vorgesehene Formulierung in der hessischen Verfassung soll lauten: „Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Politik kann die Grundlagen schaffen und über gesetzliche Regelungen bestehende Nachteile (wie z.B. die oft nicht berechnete schlechtere Bezahlung von Frauen) verhindern. Sie kann und sollte u.E. auch nicht in die Entscheidung von Familien eingreifen, wer welche Aufgabe in welchem Umfang übernimmt, Wir wünschen uns eine partnerschaftliche Ausgestaltung, eine gerechte Aufteilung der Aufgaben zwischen Vätern und Müttern. Wir sind überzeugt, dass dies sowohl einer stärkeren beruflichen Orientierung von Frauen als auch einem stärker gewordenen Bedürfnis von Vätern nach Übernahme von Familienaufgaben gerecht wird. Das Land Hessen kann dies stärken, in dem es als Arbeitgeber z.B. Väter unterstützt, die Elternzeit in Anspruch nehmen wollen, bzw. in dem es eine Kampagne für mehr Elternzeit durch Väter initiiert und Arbeitgeber dazu auffordert, dem Beispiel des Landes zu folgen.</p>	<p>Es ist beabsichtigt, dem Artikel 1 der Hessischen Verfassung einen Absatz hinzuzufügen, der den Staat in die Verantwortung nimmt, die Gleichberechtigung von Frau und Mann durchzusetzen und Menschen vor direkten oder mittelbaren geschlechtsbezogenen Ungleichbehandlungen zu schützen. Daraus ergeben sich zwar keine konkreten rechtlichen Konsequenzen, aber es ist ein Bekenntnis, dass Männer und Frauen – unabhängig ob Vater oder Mutter – gleichberechtigt sind. Dies entspricht auch unserem weltoffenen und liberalen Bild unserer Gesellschaft, in der die unterschiedlichsten Lebensentwürfe ihren Platz haben.</p>	<p>Das Hinzufügen eines Gleichheitsgrundsatzes in die Hessische Verfassung verpflichtet das Land Hessen dazu, die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu fördern und Nachteile aufgrund einer Geschlechterzugehörigkeit abzubauen.</p>

Partei Frage	CDU	Die Grünen	SPD	FDP	Die Linke
<p>3. Welche Rollen und Bedeutung hat der Vater aus Ihrer Sicht in der Familie?</p>	<p>Mütter und Väter sind die wichtigsten Bezugspersonen für ihre Kinder. Es ist erfreulich, dass inzwischen immer mehr Väter mehr Verantwortung in der Familienarbeit übernehmen. Dabei befinden sich Eltern – ob nun Väter oder Mütter – häufig in einem Spannungsfeld zwischen Beruf und Familie. Wir möchten Mütter und Väter in ihrem Wunsch unterstützen, ein ausgewogenes Verhältnis von Erwerbs- und Familienarbeit anzustreben. Dafür kann der Staat ganz konkrete Rahmenbedingungen wie etwa Infrastruktur oder auch finanzielle Unterstützung zur Verfügung stellen. Er kann aber auch mit dazu beitragen, dass das gesellschaftliche Umfeld die Familienarbeit in Form von Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen mehr wertschätzt und ihr mehr Raum gibt.</p>	<p>Der Vater hat, ebenso wie die Mutter, eine zentrale Rolle für das Kind und die Familie insgesamt. Da die Familienformen sehr vielfältig sind wollen wir an dieser Stelle den Vätern keine bestimmte Rolle zuteilen, sondern sie ermutigen, diese Rolle für sich selbst zu definieren.</p>	<p>Väter sind nicht nur dazu da, das Einkommen für die Familie zu sichern. Vater sein bedeutet, sich alle anstehenden Pflichten mit der Mutter zu teilen oder einvernehmlich festzulegen, wer welche Teile übernimmt. Wir begrüßen sehr, dass viele Väter sich mehr in die Familienarbeit einbringen oder einbringen wollen.</p>	<p>Familien sind vielfältig und deshalb gibt es für uns auch kein einheitliches Bild vom idealtypischen Vater. Es gibt vielmehr beruflich voll erwerbstätige Väter, Väter in Elternzeit und Väter in Teilzeit oder auch Väter, die sich ganz der Erziehung ihrer Kinder widmen wollen. Es gibt al-leinerziehende Väter und Familien mit zwei Vätern. Ebenso wie wir kein festgelegtes Bild einer typischen Mutter haben und diese Beispiele auch auf diese zutreffen können. Für uns Freie Demokraten haben all diese und andere Rollen ihre Berechtigung und wir möchten den Menschen nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben. Für uns ist jedoch von Bedeutung, dass für die Kinder gesorgt, dass Verantwortung übernommen und dass dem Kindeswohl entsprechend gehandelt wird. Hier geht es nicht nur um Fragen der materiellen Absicherung, sondern vornehmlich auch um die Erziehung und Zuwendung.</p>	<p>Die LINKE ist der Meinung, dass Mann und Frau gleichberechtigt in einer Familie sind. Das äußert sich dadurch, dass die LINKE eine staatliche Subvention des überholten Familienmodells mit dem Mann als Ernährer und der Frau als Zuverdienerin fordert. Dazu gehört das Ehegattensplitting abzuschaffen. Um die ungleiche Verteilung der unbezahlten Sorgearbeit aufzubrechen wollen wir beiden Elternteilen zwölf nicht übertragbare Monate Elterngeld und mehr zeitliche Flexibilität zukommen lassen.</p>

Partei Frage	CDU	Die Grünen	SPD	FDP	Die Linke
<p>4. Wie wollen Sie zukünftig die Väterarbeit in Hessen nachhaltig fördern und begleiten?</p>	<p>Die CDU Hessen setzt sich dafür ein, dass Projekte gefördert werden, die sich für die Stärkung und Unterstützung von Vätern einsetzen. Dies gilt für alle Politikbereiche. Die LAG Väterarbeit in Hessen ermutigen wir, mit konkreten Vorhaben an uns heranzutreten.</p>	<p>Wir wollen dafür werben und es ermöglichen, dass Väter wie Mütter gleichberechtigt die Familien- und Sorgearbeit erfüllen können. Das heißt auch, sich die anfallenden Arbeiten einvernehmlich und gerecht aufzuteilen. Wir wollen fördern, dass die veralteten Rollenbilder aufgebrochen werden und somit dafür werben, dass sich auch Väter stärker an der Erziehung ihrer Kinder beteiligen. Das geschieht bereits ganz oft, doch manchmal stehen auch steuerliche Erwägungen dem gegenüber – wie das Ehegattensplitting. Hier sind wir GRÜNE dafür, das alte Ein-Ernährer-Modell zu reformieren.</p>	<p>Wir werden wie bisher mit allen Verbänden und Organisationen im Bereich der Familienpolitik und -förderung eng zusammenarbeiten und gemeinsam praktische Lösungen für praktische Fragen entwickeln.</p>	<p>Wir werden uns dafür einsetzen, dass bei den familienpolitischen relevanten Themen und Herausforderungen wie zum Beispiel die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowohl die Mütter als auch die Väter einbezogen werden. Gerade diese Einbeziehung aller und die Realisierung von Entscheidungsmöglichkeiten tragen dazu bei, dass sich der gesamtgesellschaftliche Diskurs verändert und die sich wandelnden Väterbilder ebenfalls stärker anerkannt werden. Denn nach unserer Auffassung lebt eine liberale zukunftsfähige Gesellschaft davon, dass sich auch viele Väter, die sich mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf wünschen, diese auch realisieren können. Für uns muss daher eine moderne Gleichstellungspolitik gezielt die Unterschiede in den Lebensverläufen sowohl von Frauen wie auch von Männern berücksichtigen und somit ganzheitlich ansetzen.</p>	<p>Dazu haben wir bisher noch keine Überlegungen angestellt.</p>

Partei Frage	CDU	Die Grünen	SPD	FDP	Die Linke
<p>5. Wie wollen Sie es Vätern ermöglichen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser zu leben, um mehr Zeit und Fürsorgearbeit in der Familie zu haben?</p>	<p>Ein wesentliches Ziel unserer Politik besteht darin, Familien ihren Bedürfnissen gemäß zu stärken. Dafür muss die Arbeitswelt familiengerechter und nicht die Familie arbeitsmarktkompatibler werden. Wir möchten Unternehmen dazu ermutigen, familiengerechte Arbeitszeitmodelle zu implementieren und Betriebskindergärten einzurichten. Auf diesem Weg haben wir in den letzten zehn Jahren schon viel erreicht, aber es bleibt eine Daueraufgabe. Zudem wollen wir bei Unternehmen und Organisationen weiter dafür werben, die „Charta zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege“ zu unterzeichnen. Der öffentliche Dienst übernimmt als Arbeitgeber hier eine Vorbildfunktion. Darüber hinaus dürfen Männer und Frauen, die sich der Kindererziehung und Pflege von Angehörigen widmen und damit Staat und Gesellschaft stark entlasten, am Ende ihres Erwerbslebens nicht benachteiligt werden. Bedeutend ist ferner ein flächendeckendes gutes Betreuungsangebot, auf das Eltern zurückgreifen können. Eine Kinderbetreuungsinfrastruktur muss aber nicht nur vorhanden sein, sie muss auch gut sein, sonst sind Eltern nicht wirklich entlastet, und sonst ist auch außerfamiliäre Kinderbetreuung gerade in frühen Jahren nicht wirklich zu verantworten. Neben der sechsständigen Beitragsfreiheit in allen drei Kindergartenjahren investiert die CDU-geführte Hessische Landesregierung daher parallel weiter in die Qualität. Hier unterstützt die Landesregierung die zuständigen Kommunen, indem die BEP-Qualitätspauschale ab 2018 sukzessive erhöht wird. Somit stehen für die Qualität in 2018 12 Millionen Euro zusätzlich, 2019 37 Millionen Euro zusätzlich und schließlich ab 2020 50 Millionen Euro jährlich zusätzlich zur Verfügung. Mit insgesamt fast 1,5 Milliarden Euro im aktuellen Doppelhaushalt wird so viel Geld wie nie zuvor in die Kinderbetreuung investiert. Perspektivisch wollen wir die Beitragsfreiheit – mit Hilfe des Bundes und sofern es die wirtschaftliche Situation des Landes erlaubt – weiter ausdehnen. Mittelfristig sollen so auch für Kinder unter 3 Jahren und für eine längere tägliche Betreuungszeit keine Elternbeiträge erhoben werden. Weiterhin geht es darum, den Ausbau der U3-Kinderbetreuung bedarfsgerecht voranzutreiben. Folglich werden wir als CDU die familienpolitischen Leistungen Hessens weiterführen und weiter ausbauen. Dazu gehören insbesondere auch die Hessischen Familienzentren.</p>	<p>Mit dem hessischen Gleichberechtigungsgesetz haben wir als GRÜNE in der Landesregierung viel erreicht: Wir haben das Gleichberechtigungsgesetz reformiert, dass für die hessischen Landesbediensteten gilt. Damit wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Karriere durch neue Modelle, wie Führung in Teilzeit, ermöglichen. Dies gilt für Frauen und Männer gleichermaßen. Für die nächste Legislaturperiode haben wir uns zudem vorgenommen, die Möglichkeiten von Home-Office und Führen in Teilzeit konsequent auszubauen. Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist letztlich auch der Ausbau der Kinderbetreuung entscheidend. Wir GRÜNE haben uns bereits sehr früh für den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze stark gemacht und nicht nachgelassen, hier weiter zu investieren. Unser Ziel ist es, allen Kindern eine Betreuung zu ermöglichen. So stellen wir z.B. im aktuellen Landeshaushalt für die Jahre 2018 und 2019 rund 86 Millionen Euro bereit, damit Kindertagesstätten ausgebaut werden können. Das Bedürfnis nach guter Betreuung endet jedoch nicht mit dem Beginn der Grundschulzeit. Ganz im Gegenteil: Gerade dann sind Eltern auf die Förderung ihrer Kinder in Ganztagschulen und auf verlässliche Betreuungszeiten angewiesen. Mit dem „Pakt für den Nachmittag“ aus dem GRÜNEN Wahlprogramm haben wir bereits begonnen, ein Bildungs- und Betreuungsangebot von 7.30 bis 17.00 Uhr für alle Grundschulen umzusetzen.</p>	<p>Wie in der Antwort auf Frage 2 ausgeführt werden wir in Regierungsverantwortung fördern, dass mehr Väter Elternzeit in Anspruch nehmen und sich nicht nur auf zwei Monate beschränken. Wir würden außerdem prüfen, wie das Land auch für Väter mehr Teilzeitangebote schaffen kann. Hier ist die Nachfrage und dementsprechend auch der Anteil leider derzeit noch verschwindend gering.</p>	<p>Wir möchten, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowohl für Mütter als auch für Väter möglich ist. Dazu benötigen wir einerseits bedarfsgerechte und flexible Angebote bei den Kindertagesstätten und in der Kindertagespflege sowie im Bereich der Ganztagsangebote, um den Bedürfnissen von Kindern und deren Eltern Rechnung zu tragen. Für uns ist es jedoch von Bedeutung, dass die Angebote das Kind mit seinem Bedürfnissen in den Mittelpunkt stellt und es sich nicht nur um Betreuungsangebote im Sinne von „warm, satt und sauber“ zu verwirklichen, sondern hier müssen Qualität und pädagogisch sinnvolle Konzepte realisiert werden. Darüber hinaus treten wir für flexible Arbeitszeitmodelle ein, die Männer wie Frauen gleichermaßen nutzen können und die von einer Ergebnisstatt einer Präsenzkultur gekennzeichnet sind. Hier gilt es, die Vorteile der Digitalisierung der Arbeit zum Wohl der Familien zu nutzen, wo immer dies von den betrieblichen Abläufen her ermöglicht werden kann. Dafür müssen je-doch die Rahmenbedingung stimmen und zwar überall; egal ob im Großstädten, im Ballungs-raum oder ländlichen Raum. Zudem muss es zur Unternehmenskultur gehören, dass bestehen-de Hindernisse zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch für Männer ausgeräumt werden. Dafür brauchen wir jedoch ein Umdenken in der Gesellschaft, denn neue rechtliche Regelungen werden diesbezüglich nicht weiterhelfen. Wir möchten, dass die Familienzeit nicht zum beruflichen Nachteil ausgelegt, sondern als Mehrwert für den Einzelnen aber auch für die Gesellschaft anerkannt wird.</p>	<p>Wir wollen ein neues Normalarbeitsverhältnis mit einer verkürzten, familiengerechten Wochenarbeitszeit von 30 Stunden bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf aber keine Frage der individuellen Durchsetzungsfähigkeit und der Bereitschaft zum Entgegenkommen der Arbeitgeber sein. Politik und Unternehmen stehen in der Verantwortung für eine familienfreundliche Arbeitswelt. Die Rechte von Eltern im Berufsleben müssen gestärkt werden. Darüber hinaus muss die Infrastruktur für Familien, Kinder und Jugendliche ausgebaut werden. Eine gebührenfreie bedarfsgerechte qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuung für Kinder inklusive gesunder Essenversorgung muss aufgebaut werden. Bei der Bereitstellung von Plätzen in Kindertagesstätten muss der tatsächliche Betreuungsbedarf berücksichtigt werden. Zudem ist die rechtliche und finanzielle Grundlage für ein flächen- und bedarfsgerechtes ganztägiges Schulangebot zu schaffen.</p>

Partei	CDU	Die Grünen	SPD	FDP	Die Linke
<p>Frage</p> <p>6. Wie wollen Sie väterliche Fürsorge auch nach einer Trennung oder Scheidung sicherstellen?</p>	<p>Die CDU Hessen ist der Ansicht, dass es für das Kinderwohl zu präferieren ist, wenn beide Elternteile – unabhängig davon, ob sie zusammenleben oder nicht – die Personen- und Vermögensfürsorge für das Kind oder die Kinder in gegenseitigem Einvernehmen ausüben.</p> <p>Die Trennung der Eltern stellt für die meisten Kinder einen deutlichen Einschnitt in ihrem Leben dar. In dieser sensiblen Phase brauchen Kinder vor allem Halt und Geborgenheit. Bei Entscheidungen über das Sorgerecht und den Wohnort des Kindes muss das Kindeswohl immer im Vordergrund stehen und einzelfallbezogen entschieden werden. Grundsätzlich sprechen wir uns dafür aus, dass Kindern auch nach einer Trennung der Eltern der Kontakt zu beiden Elternteilen ermöglicht wird.</p>	<p>Trennung oder Scheidung sind in der Regel einschneidende Phasen für eine Familie. Gerade für Kinder ist es oft schwer, da sie zwischen den Stühlen sitzen – zumal, wenn die Trennung nicht einvernehmlich und konfliktfrei gelöst werden kann. Wir GRÜNE sind dafür, dass sich nach der Trennung oder Scheidung weiterhin stark am Kindeswohl orientiert wird, wie die weitere Erziehung und das Sorgerecht gestaltet wird. Das ist der gültige Maßstab für die Fürsorge, nicht das Geschlecht eines Elternteils.</p>	<p>In aller Regel wird von den Familiengerichten nach einer Trennung oder Scheidung das gemeinsame Sorgerecht festgelegt, es sei denn, die besonderen Umstände des Falles lassen dies nicht zu. Die Ausgestaltung der gemeinsamen Fürsorge ist dann in die Hände der Eltern gelegt. Die Trennungs- und Scheidungsberatung als gesetzliche Aufgabe nach SGB VIII bzw. nach dem FamGerichtsG ist eine kommunale Aufgabe. Eine Möglichkeit der Einflussnahme durch die Landespolitik sehen wir nicht oder nur nachrangig.</p>	<p>Wir Freie Demokraten möchten, dass die väterliche Fürsorge nicht mit der Trennung oder Scheidung endet, denn Kinder sollen sich nicht zwischen Elternteilen entscheiden zu müssen. Aber wir werden uns dafür einsetzen, dass die Fürsorge sich nach dem Kindeswohl richtet und dass die Verantwortung für dieses übernommen wird. Dies gilt auch für die Wahrnehmung von Rechten aber auch hinsichtlich der Erfüllung von Pflichten des Elternteils. Das Modell, dass nach einer Trennung ein Elternteil für die Erziehung und der andere für die Finanzierung verantwortlich ist, entspricht somit nicht den Bedürfnissen des Kindes nach beiden Eltern und ist oftmals auch nicht von den betroffenen Erwachsenen so gewünscht. Wir fordern daher eine stärkere Berücksichtigung der Betreuungspflicht für beide Elternteile.</p>	<p>Die LINKE findet es wünschenswert, wenn sich die Eltern dazu entscheiden, nach der Trennung oder Scheidung weiterhin die gemeinsame elterliche Verantwortung zu tragen. Dabei muss aber das Kindeswohl im Mittelpunkt stehen, weswegen es nötig ist, dass es zwischen den Eltern keine grundlegenden Konflikte gibt, die das Kind belasten. In Konfliktfällen sollten Mediationsangebote bei Bedarf kostenfrei zur Verfügung stehen.</p>

Partei Frage	CDU	Die Grünen	SPD	FDP	Die Linke
<p>7. Mit welcher Form der Zusammenarbeit können wir als LAG Väterarbeit nach der Wahl rechnen?</p>	<p>Wir als CDU sind uns der Wichtigkeit der Väterarbeit bewusst. Daher wollen wir in der kommenden Legislaturperiode die LAG Väterarbeit in unsere politische Arbeit einbeziehen.</p>	<p>Wir GRÜNE sind immer offen für Gespräche mit Vertreter*innen von Verbänden oder Vereinen. Bitte wenden Sie sich bei Bedarf immer gerne an unsere Partei oder die Abgeordneten der Landtagsfraktion.</p>	<p>S. Antwort auf Frage 4: Wir würden gerne mit Ihnen - wie mit allen anderen Landesarbeitsgemeinschaften auch - zusammenarbeiten und alle für Sie relevanten Themenfelder erörtern.</p>	<p>Wir möchten den Dialog mit den Initiativen und Verbänden fortsetzen und stehen daher Ihren Anliegen auch zukünftig offen gegenüber.</p>	<p>Die LAG Väterarbeit hat mit der Hessenstiftung Familie hat Zukunft bereits einen starken Partner gefunden. Falls darüber hinaus Interesse an einer Unterstützung durch DIE LINKE besteht, bitten wir um Kontaktaufnahme und bieten das Gespräch an.</p>